

# & betrieb gewerkschaft

Intern

Ausgabe 3/August 2009/12. Jahrgang

[www.betriebundgewerkschaft.de](http://www.betriebundgewerkschaft.de)

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

## Die Impulse aufnehmen!

Vom Wahlparteitag DIE LINKE. in Berlin

Wichtig sind aus meiner Sicht die Hauptbotschaften des Wahlprogramms: Zehn Euro-Mindestlohn, 500 EURO Grundsicherung, 200 Milliarden Investitionsprogramm, Millionärsteuer – gegen die Rente ab 67.

Damit können wir gut den Wahlkampf bestreiten.



Keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien hat sich derart viel Zeit zur Debatte des Wahlprogramms genommen wie DIE LINKE.

Bei der SPD wurde das Wahlprogramm innerhalb weniger Stunden durchgewinkt, die CDU/CSU hielt nicht einmal einen Parteitag für notwendig.

Besonders im Kapitel „gute Arbeit“ ist auch die Handschrift der GewerkschafterInnen der Linkspartei klar zu erkennen. Auch ein Verdienst unseres Genossen Ralf Krämer, dessen mehrseitige Alternative zu diesem Thema gegenüber dem ersten Programmentwurf wir als

Antrag eingereicht haben.

Die vier Änderungsanträge der AG Betrieb & Gewerkschaft zum Leitantrag wurden letztlich alle vom Parteivorstand übernommen. So heißt es jetzt z.B., dass der politische Streik durchgesetzt werden und nicht mehr, das er „erlaubt“ werden muss.

Mit unserem Diskussionsbeitrag, durch mich vorgetragen, zum Thema „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich“ folgten wir unserer Beschlusslage die Arbeitszeitverkürzung zum Thema in Partei und Gewerkschaft zu machen.

Wichtig dabei auch unser Hinweis, dass sich die Partei DIE LINKE auch die Frage stellen muss, was sie selbst zur politischen Diskussion in den Betrieben zur Durchsetzung von politischen Streiks tun kann. In einigen Bundesländern hat man damit begonnen Materialien jetzt auch re-

### Inhalt

<i>G. Kemski: Die Impulse aufnehmen!</i>	S. 1
<i>H. Dittrich: Die streikenden...</i>	S. 2
<i>K. Möller: Erste Schritte zur Vergesell...</i>	S. 4
<i>M. Bruns: Belegschaftsbeteiligung...</i>	S. 6
<i>U. Lötzer: Kein Widerspruch...</i>	S. 7

#### Aus den Ländern

<i>Nordrhein-Westfalen</i>	S. 8
<i>Niedersachsen</i>	S. 9
<i>Baden-Württemberg</i>	S. 10
<i>Bayern</i>	S. 11

<i>Kontakte und Terminplaner</i>	S. 12
----------------------------------	-------

dern hat man jetzt damit begonnen Materialien regelmäßig vor Betrieben zu verteilen. Dies muss erheblich ausgebaut werden, nicht nur zu Wahlkampfzeiten.

Das Motto des Parteitages“ Je stärker DIE LINKE – desto sozialer das Land!“ ist von brennender Aktualität. Insofern gilt für alle von uns, alles für ein gutes Wahlergebnis zu tun.

Die Argumente sind da. Hierbei sei auf die Rede von Oskar Lafontaine hingewiesen. Diese ist ein hervorragendes Material unserer Alternativen.

Nutzen wir dies!

*Gerald Kemski*



## ***Die streikenden Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen gehen in die Offensive und trotzen der Weltwirtschaftskrise!***

Solidaritätserklärung von Heidrun Dittrich auf dem Parteitag zum Bundestagswahlprogramm am 20./21.06.09 in Berlin im Frauenforum:

Seit dem 06.05.09 streiken die Sozialarbeiterinnen und gemeinsam mit den Erzieherinnen und Erziehern der städtischen Kindertagesstätten. Mit diesem bundesweiten Streik soll der Anspruch auf Gesundheitsförderung tariflich geregelt werden. Diese tarifliche Forderung ist neu und wir wollen sie mit diesem Streik erzwingen.

Die Arbeit und die Belastungen der Erzieherinnen wurden in den Medien stark bekannt gemacht: Lärm, schweres Tragen und beständige Zuwendung und Geduld werden den Beschäftigten in den Kindertagesstätten täglich abgefordert. Für die Kinder und das pädagogische Personal ist es unbefriedigend, in zu großen Gruppen und mit geringer Betreuungskapazität zu arbeiten.

Die Situation der Erzieherinnen und Erzieher wurde in den Medien bereits dargestellt:

Die Belastungen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Jugendämter hingegen sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt gemacht worden. Als Diplom-Sozialarbeiterin bin ich stellvertretende Personalrätin im Kommunalen Sozialdienst im Jugendamt Hannover und möchte die Forderungen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter näher erklären:

Nach Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) stehen Ehe und Familie unter dem Schutz der staatlichen Gemeinschaft, über die Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft nach Art.6 Abs. 2 GG. Dieses Wächteramt zum Schutz des Kindeswohls üben die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Allgemeinen Dienste in den Jugendämtern aus. Sie garantieren bei Bekanntwerden einer möglichen Gefährdung für das Wohl des Kindes und werden strafrechtlich in-

dividuell verantwortlich gemacht.

Durch die Weltwirtschaftskrise werden immer mehr Familien in die Erwerbslosigkeit geschleudert. Arme Kinder haben immer auch arme Eltern.

Die Verschlimmerung der sozialen Lage kann nicht von den Sozialarbeiterinnen in der Jugendhilfe individuell aufgefangen werden!

Hier sind staatliche Präventionsprogramme im sozialen und bildungspolitischen Bereich notwendig.

**Im Öffentlichen Dienst wurde genug gespart:** An den Dienstleistungen der Bürger, am Anspruch auf Beratung, durch Personalabbau und durch Überstunden. Die gesetzlichen Pflichtaufgaben können mit dieser dünnen Personaldecke nicht mehr aufrechterhalten werden, wie die tödlichen Verläufe bei Kevin, Lea- Sophie und anderen vernachlässigten, misshandelten, verhungerten Kindern aufzeigen. Es gibt eine Organisationsverantwortung, da nach § 79 SGB VIII das Jugendamt die angemessene Personalausstattung sicherstellen muss. Dies wurde seit langem unterschritten, mit tödlichen Folgen für die Kinder!

**Soziale Arbeit ist mehr wert!** Unter diesem Motto fordern die Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste eine höhere Eingruppierung: Am 17.06.09 haben in Köln bundesweit 30 000 Erzieherinnen, Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Allgemeinen und Kommunalen Sozialen Dienste gestreikt. Es waren überwiegend streikende Frauen, die sich mit dem unverschämten Angebot, das die öffentlichen Arbeitgeber vorgelegt haben, nicht abfinden wollen. Eine Herabsetzung der Entgeltgruppen würde bedeuten, für die nächsten 10



bis 20 Jahre niedrige Einkommen, die noch unter dem heutigen Gehaltsniveau liegen, festzuschreiben.

Es geht darum, die tarifliche Absenkung der traditionellen Frauenberufe im Sozial- und Erziehungsdienst zu verhindern!

Die Frauen in den Sozial- und Erziehungsdiensten gehen in die Offensive und fordern eine höhere Bezahlung, da ihre Arbeit mehr wert ist und die Verantwortung honoriert werden muss.

Mit ihrer Gewerkschaft ver.di fordern sie eine gesellschaftliche Aufwertung der Berufe im Reproduktionsbereich also in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privat und gesellschaftlich werden Frauen für die Beziehungsarbeit, die Erziehung und Bildung sowie für die Gesundheitsvorsorge verantwortlich gemacht – diese Fähigkeiten werden leider zu schlecht entlohnt, denn:

**Qualifikation ist männlich definiert!**

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Frauenarbeitsplätze im öffentlichen Dienst und



in den privaten Dienstleistungen.

Wir wissen: nur Reiche brauchen keinen Staat! Sie können Putzfrauen und Pflegerinnen privat bezahlen und müssen im Alter nicht von einer Grundsicherung leben.

Aber die Erwerbsbevölkerung ist auf den sozialen Rechtsstaat angewiesen. Es entspricht nicht dem Wesen des Sozialstaates, staatliche Leistungen zu privatisieren und sie der Profitlogik zu unterwerfen. Es geht um die Bereitstellung der Betreuungs- Erziehungs- und Gesundheitsförderung entsprechend der Erfordernisse des Einzelfalls ohne Begrenzung durch Profitlogik.

In der Weltwirtschaftskrise wird die gewerkschaftliche Forderung nach Umverteilung der vorhandenen Arbeit wieder aktuell!

Nur die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Renteneinstiegsalters kann einen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit bremsen.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst streiken bereits zum dritten Mal in drei Jahren (Einführung des TVÖD, Gehaltserhöhung, aktueller Sozialarbeiterinnen- und Erzieherinnenstreik). Sie sammeln damit Streikerfahrungen und stärken ihr Selbstbewusstsein für zukünftige Konflikte.

Damit nehmen sie in der Reihe der Abwehr-

kämpfe der Beschäftigten der privaten Firmen und Dienstleistungen eine starke Position ein, denn sie werden auch in den nächsten Jahren noch beschäftigt und kampffähig sein.



(Heidrun Dittrich ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und Diplom-Sozialarbeiterin und ist beschäftigt beim Jugendamt Hannover im Kommunalen Sozialdienst. Sie ist stellvertretende Personalrätin und kandidiert für DIE LINKE zum Bundestag. Sie ist Direktkandidatin im Wahlkreis 43 in Hannover und auf Platz 3 der Landesliste).

## ***Erste Schritte zur Vergesellschaftung -***

Zu den zentralen Forderungen der LINKEN im Zusammenhang mit der Überwindung der Krise gehören die Vergesellschaftung der Banken und der Tausch staatlicher Hilfen für Betriebe nur gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und der Belegschaften. Dazu haben wir uns in unserem Bundestagswahlprogramm bekannt. Die Debatten zu unserem Wahlprogramm, aber auch die Debatten im Rahmen der Bundestagfraktion der LINKEN zu Folgen und Schlussfolgerungen aus der Krise haben deutlich gemacht, dass es weiterer Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung unserer Forderungen bedarf. Auf einige Aspekte sollen die folgenden Überlegungen hinweisen.

Oskar Lafontaine sprach auf dem Wahlparteitag

## ***über weitere muss nachdacht werden***

2009 in Berlin davon, dass erst, wenn die Beschäftigten selber Anteilseigner ihrer Betriebe sind, und wenn sie in Betrieben und Verwaltungen mitbestimmen können, der Weg zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung geebnet werden kann. „Da die Arbeitnehmer mit ihrer Existenz, mit ihrem Arbeitsplatz haften, gehen sie sorgfältiger mit dem Betriebsvermögen um als Anteilseigner und Manager, die im Falle des Scheiterns ihrer Pläne und ihrer Spekulationen persönlich in der Regel nicht existenziell betroffen sind. Deshalb fordern wir die Beteiligung der Belegschaften, damit sie über ihre Existenz mitentscheiden können und nicht das Opfer verantwortungsloser Spekulanten werden“.

Allerdings stellt der Tausch staatlicher Hilfen

für Betriebe nur gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und der Belegschaften erst den ersten Schritt zu einer wirklichen und dauerhaften Vergesellschaftung dar. Denn man darf nicht verkennen: In Krisenzeiten werden auch jene Betriebe, die auf Belegschaftseigentum beruhen, vom zum Kapitalismus gehörenden Konjunkturzyklus nicht verschont bleiben. Betriebe mit Belegschaftsbeteiligung stehen dann in härtestem Konkurrenzkampf zu anderen Betrieben. Die Beschäftigten kämen u.U. in die schwierige Situation, Lohnkürzungen und Entlassungen im eigenen Betrieb nicht nur nicht verhindern zu können, sondern ihnen zustimmen oder gar sie fordern zu müssen. Sie würden durch die Firmenpolitik ihres eigenen Betriebes, Insolvenzen anderer Betriebe mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten verursachen. Die Folgen: Schwächung der gewerkschaftlichen Vertretung, Entsolidarisierung der Beschäftigten im eigenen Betrieb und zwischen den Kollegen konkurrierender Betriebe, ausgehebelte Flächentarifverträge und Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Grenze zwischen Arbeiter und Unternehmer wäre gefallen, zumindest für die Beschäftigten.

Eine weitere Frage muss beantwortet werden: Was geschieht im Falle einer Insolvenz eines Betriebs mit der Mitarbeiterbeteiligung, schließlich haften die Beschäftigten als Anteilseigentümer dann auch für die Verluste.

Wenn wir davon ausgehen, dass die ungerechte Eigentumsordnung die Hauptursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ist und der Finanzkapitalismus gerade aus dieser ungerechten Vermögens- und Einkommensverteilung hervorgegangen ist, müssen wir die Forderung, „wenn Steuergelder bei der Sanierung von Betrieben fließen, müssen daraus Belegschaftsanteile werden“, präzisieren. Denn zu einer anderen Art von Ungerechtigkeit würde es führen, wenn Gelder aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sich in Belegschaftsanteile einiger weniger Betriebe verwandeln würden.

Es bedarf auch weiterer Überlegungen zur Frage, welche Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Weg zur „Mitarbeitergesellschaft als dem Betrieb der Zukunft“ erforderlich sind. Notwendig ist zum Schutze derartiger Betriebe z.B. deren wirtschaftliche bzw. finanzielle Einbindung in einen gesamten Sektor von Betrieben mit Belegschaftsbeteiligung im

Entscheidungsbereich der öffentlichen Hand, um einen entsprechenden Schutzschirm für diese Betriebe aufzubauen. Das gilt besonders für die Betriebe, wo die ganze Branche, wie z.B. die Automobilindustrie auch durch den Aufbau von Überkapazitäten in Bedrängnis geraten ist. Ein „weiter so wie bisher“ wird in diesen Betrieben aus wirtschaftlichen wie umweltpolitischen Gesichtspunkten in Zukunft nicht mehr möglich sein. Hier muss die ganze Branche dem tatsächlichen Bedarf sowie sozialökologischen Gesichtspunkten angepasst werden. Das heißt auch, dass Betriebe auf die Fertigung neuer Produkte ausweichen und Beschäftigte umlernen müssen. Da kann eine einzelbetriebliche Lösung nicht zum Ziel führen. Denn welcher Betrieb stellt um, welcher nicht, ist schließlich nicht nur eine Frage von Ressourcen, sondern oftmals auch des betrieblichen Überlebens.

Da wo ganze Branchen - durch die Produktion auf Halde o.a.- betroffen sind, müssen sie auch im Ganzen umgebaut werden. Der Staat, dem die Hauptverantwortung für die Koordinierung eines erfolgreichen sozialökologischen Umbaus obliegt, muss in die Situation versetzt werden, diese Verantwortung auch wahrnehmen zu können.

Schließlich geht es im Zusammenhang mit dem Entstehen von Mitarbeitergesellschaften um das Zurückdrängen von „Wirtschaftsregulierung“ durch den Markt- und Profitmechanismus und im gleichen Atemzug um den Ausbau der regulierenden Rolle des Staates, d.h. der öffentlichen Hand. Das ist eine wesentliche Seite des Vergesellschaftungsprozesses. Auch hierzu muss



DIE LINKE neue Vorstellungen entwickeln.

*Kornelia Möller MdB*

## ***Belegschaftsbeteiligung - Nicht der zentrale Punkt***

Einer der wichtigsten Eigenschaften von Sozialismus ist Demokratie in der Wirtschaft. DIE LINKE fordert ein Primat der Demokratie über die Wirtschaft. Demokratische Entscheidungen müssen über Eigentum (an Produktionsmitteln) bestimmen. Wir brauchen mehr Mitbestimmung. Gerade in der Krise ist die herkömmliche Mitbestimmung fast nichts wert. Denn über wirtschaftliche Angelegenheiten, über Betriebs-schließungen oder Massenentlassungen gibt es keine Mitbestimmung. Es gilt eine neue Qualität von Mitbestimmung zu erstreiten. Wir brauchen also mehr Demokratie und nicht etwa eine Kapitalbeteiligung der Belegschaften.

Die Forderung nach Belegschaftsbeteiligung impft eine unannehmbare Shareholder-Orientierung in die Kolleginnen und Kollegen. Morgens in der Pause werden nicht nur die Fußballergebnisse studiert sondern auch die Börsenkurse im Wirtschaftsteil, wenn Entlassungen angekündigt werden steigen die Kurse. Es ist pervers, dass die Kolleginnen und Kollegen sich wie die Bosse über den Wertgewinn ihrer Aktien freuen bzw. damit getröstet werden. Gerade jetzt in der Krise, wo Unternehmensanteile weniger Wert sind und viele Firmen vor oder in der Insolvenz stehen, wirkt eine Beteiligung der Belegschaft am Unternehmenskapital wie automatischer Lohnverzicht. In der Pleite ist die Einlage weg.

Unternehmen konkurrieren um Marktanteile und Profite, in diese Konkurrenz dürfen wir die Beschäftigten nicht noch mehr und materiell hineinziehen als sie es mental oft schon sind. Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen auszuschließen ist Sinn und Zweck von Gewerkschaften. Belegschaftsbeteiligung bewirkt das Gegenteil, jeder will das Beste für „sein“ Unternehmen, andere sollen ausgestochen werden. Das gemeinsame Interesse aller Beschäftigten, ein Einkommen und einen Arbeitsplatz zu haben, wird durch Belegschaftsbeteiligung gegeneinander gestellt und ausgehebelt. Wie sollen Flächentarifverträge in einer Branche noch Bestand haben, wenn Unternehmenspatriotismus herrscht? Belegschaftsbeteiligung entsolidariert.

Nicht zu Ende gedacht ist das Argument, durch die stärkere Einbindung der Belegschaften würde ein Unternehmen insgesamt gestärkt. Das läuft auf folgende Erklärung hinaus: Geldgierige Banker und Bosse haben die eigentlich grundgesunde Wirtschaft in die Krise getrieben.

Deshalb müssen es jetzt die Belegschaften und ihre gewerkschaftlichen Vertreter richten. Aber nicht nur Managementfehler, sondern oft vom Standpunkt des Kapitals konsequente Entscheidungen führen immer wieder zu Entlassungen und Krisen. Unsere Kritik sollte deswegen nicht nur einzelnen Kapitalisten gelten; sondern der Logik des Kapitalismus selbst.

Aus diesen Gründen kann die Belegschaftsbeteiligung nicht der zentrale Punkt des Bundestagswahlprogramms der LINKEN sein. Belegschaftsbeteiligung kann eine Krücke sein um (ohne verstärkte gesetzliche Mitbestimmung) bei Kapitalgesellschaften mit einer Sperrminorität z.B. Betriebsverlagerungen und -schließungen zu verhindern. Konzepte für Belegschaftsbeteiligung müssen Schutz- oder Ausschlussmechanismen für die innewohnenden Gefahren von Unternehmenspatriotismus, Gewinnerorientierung und Entsolidarisierung der Belegschaften enthalten (Stiftungsmodell, Branchenfonds etc.). Ein schlüssiges Konzept dafür muss erst erarbeitet werden. Für die WahlkämpferInnen der LINKEN bietet dies die Gelegenheit die Forderung nach Belegschaftsbeteiligung in der Erläuterung etwas zu reparieren.

In der Firma, in der ich arbeite, sind Hunderte Arbeitsplätze bedroht, auch weil die Banken trotz staatlicher Milliarden Geschenke weiter sehr restriktiv Kredite vergeben. Deshalb sollte der Staat in Krisenunternehmen direkt einsteigen um die Arbeitsplätze zu erhalten. Durch Staatsbeteiligung wird zudem Konkurrenz zwischen den vergesellschafteten Unternehmen ausgeschlossen.



*Michael Bruns  
Betriebsrat, IG Metall Ortsvorstand Hamm,  
Mitglied des Bundesausschusses der LINKEN*

## **Kein Widerspruch: Mitbestimmung und Belegschaftsbeteiligung**

Aus meiner Sicht ist Wirtschaftsdemokratie ein Kernbestandteil der strategischen Antwort der LINKEN auf die aktuelle Krise des Kapitalismus sein muss.

Die Perspektive einer wirtschaftsdemokratischen Überwindung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wirft unmittelbar Machtfragen auf: Zum einen geht es um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in den Betrieben: Gegenüber dem Shareholder-Value-Regime der Dominanz der kurzfristiger Renditerwartungen der Finanzinvestoren über die Interessen der Beschäftigten wie auch über mittel- und langfristige Unternehmensziele müssen die Interessen der Beschäftigten wie auch der Gesellschaft gestärkt werden. Wirtschaftsdemokratie muss also eine Stärkung der Vertretung der betrieblichen Interessen der Beschäftigten zusammen bringen mit einer Öffnung wirtschaftlicher Entscheidungen für soziale und ökologische Zukunftsinteressen der Gesellschaft.

Die Kontroverse, ob der Ausbau von Mitbestimmungsrechten hin zur paritätischen Mitbestimmung im Widerspruch zur direkten Eigentumsbeteiligung von Belegschaften steht oder nicht, bewegt sich im Rahmen dieser strategischen Frage. Meine Position dazu ist deshalb, dass diese Frage nicht mit einem einfachen ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ ein für alle Mal beantwortet werden kann. Und schon gar nicht für alle unterschiedlichen Modelle von Belegschaftsbeteiligungen gleichermaßen. Vielmehr geht es darum, wie sich unterschiedliche Formen von Belegschaftseigentum konkret auf die Machtfrage im Betrieb auswirken und was sie dazu beitragen, die betriebliche Interessenwahrnehmung der Beschäftigten mit gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven zusammen zu bringen.

Anknüpfen möchte ich dabei auch an Positionen und Vorschläge von Ota Šik, die er im ‚Prager Frühling‘ zur Demokratisierung des Staatssozialismus entwickelt hat. Konkret hatte er vorgeschlagen, dass regelmäßig ein Teil der Gewinne eines Unternehmens nicht als Kapitalertrag, sondern als Eigentumsanteile von der Belegschaft angeeignet und kollektiv verwaltet werden. In dieser Tradition unterstütze ich die Forderungen unseres Bundestagswahlprogramms und die Vorschläge von Oskar Lafontaine zur Ausweitung von Belegschaftsbeteiligungen. Darüber hinaus halte ich aber

eine weitere Klärung unserer Positionen zur Belegschaftsbeteiligung für dringend erforderlich.

1. **Belegschaftsbeteiligungen als individuelle Anteile** einzelner Beschäftigten mit Rechtsanspruch nur auf die Auszahlung entsprechender Gewinnanteile lehne ich eindeutig ab. Sie bringen keine Ausweitung der innerbetrieblichen Demokratie, im Gegenteil: Sie verstärken noch die im Zeichen der Standorterpressung längst zum Problem auch der betrieblichen Interessenvertretung gewordene Bindung von Beschäftigten an die Unternehmensentwicklung auf einzelbetrieblicher Ebene.

2. Ergänzend zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung halte ich hingegen die **Umwandlung von Gewinnanteilen in einen gemeinschaftlichen und nicht handelbaren Eigentumstitel der Beschäftigten** für sinnvoll: Sie stärken die Position der Beschäftigten bei betrieblichen Entscheidungen, wenn sie von der gesamten Belegschaft demokratisch verwaltet werden. Wenn die von der Belegschaft demokratisch entsandten Vertreter ihres Eigentumstitels bei betrieblichen Unterscheidungen Mehrheiten mit den Beschäftigtenvertretern bilden, eröffnen sie sogar Perspektiven zur Überwindung der vom Bundesverfassungsgericht mit der Forderung nach Sicherung einer Mehrheit der Eigentümer eng gezogenen Grenzen betrieblicher Mitbestimmung.

3. Demgegenüber halt ich eine **Umwandlung öffentlicher Fördermittel und Beteiligungen in Belegschaftseigentum** nicht für richtig. Dies würde betriebliche Einzelinteressen und Sichtweisen der Belegschaft gegenüber gesamtgesellschaftlichen Entwicklungszielen privilegieren. Darüber hinaus sind öffentliche Mittel von allen gezahlt und ihre Verwendung müsste auch in diesem Sinne demokratisch verwaltet werden. Hier denke ich vor allem an Wirtschaftsräte von der Kommune bis zu Bund, in denen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Parlamente, Umwelt und Sozialverbände vertreten sind. Einen ersten Schritt dazu haben wir mit dem Industriefond gemacht oder konkret in unserer Positionierung zu Opel.

Eine Schlüsselfrage des Wegs zur Wirtschaftsdemokratie ist ihre Weiterentwicklung auf über-



Ulla Lötzer MdB

betrieblicher Ebene und ihr Verhältnis zu den betrieblichen Ebenen. Belegschaftsbeteiligungen als demokratisch verwaltetes Gemeinschaftseigentum der Beschäftigten können dazu aus meiner Sicht einen Beitrag leisten, da sie die Vertretung innerbetrieblicher Interessen der Beschäftigten mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven eher stärken: Und der Gefahr einer Verbetrieblichung der Interessenvertretung ist eine ergänzende aktive Teilhabe an der Diskussion über betriebliche Perspektiven im Zusammenhang gesellschaftlicher Interessen zumindest nicht stärker ausgesetzt als die Arbeit von Interessenvertretungen auf betrieblicher Ebene.

Ulla Lötzer MdB

## ***Nordrhein-Westfalen: „Gewerkschafter wählen links“***

### ***Bericht vom Landestreffen***

Die AG Betrieb & Gewerkschaft rüstet sich für die kommenden Wahlkämpfe. Auf der Mitgliederversammlung am vergangenen Samstag in Essen war die Initiative „Gewerkschafter wählen links“ einer der Schwerpunkte.

Wie der Sprecher der BAG B&G, Gerald Kemski, auf dem Treffen berichtete, ist die Arbeitsgemeinschaft mit ihren bundesweit 1500 Mitgliedern die größte in der Partei. Auch in NRW nimmt sie mit 224 unter den LAGen den Spitzenplatz ein. Dieses Gewicht konnte die AG beim Bundesparteitag nutzen, um wichtige Änderungen im Bundestagswahlprogramm durchzusetzen. Themen die gerade in der Krise von immenser Wichtigkeit sind, konnten besetzt werden. Wir wollen die Leiharbeit abschaffen, das Recht auf den politischen Streik, die Einstellung unter scheinselfständigen Bedingungen unter Strafe stellen und eine progressive Industriepolitik. Dies werden – neben der Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen - auch inhaltliche Schwerpunkte der geplanten Initiative „Gewerkschafter wählen links“ zur Bundestagswahl. Zentraler Pfeiler der Initiative wird eine Wahlkampfveranstaltung der LAG am 11. September (vermutlich in Dortmund).

Die LAG möchte diese Initiative für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Gewerkschaften auch bis zur Landtagswahl vorantreiben. Dafür wurde die Erklärung „Für ein soziales NRW“ noch einmal bekräftigt. Die LAG spricht sich dafür aus, dass sich die notwendige Zusammenarbeit auch personell darin widerspiegelt, dass aktive GewerkschafterInnen

mit auf die Landesliste genommen werden. Nur mit Menschen aus den Betrieben und Gewerkschaften können wir Wahlen in NRW gewinnen und für ein anderes, gerechtes NRW streiten.

Um Kooperationen zu bestärken, fanden in den letzten Wochen auf regionaler Ebene mehrere Netzwerktreffen statt. In Duisburg nahmen über 70 GewerkschafterInnen und Parteimitglieder an der Veranstaltung zum Thema: „Raus aus der Krise“ teil. Die anschließende Diskussion hat deutlich gemacht, dass eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und des linken Netzwerkes sehr wichtig ist. Auch in Aachen gab es eine



über die Linke hinaus reichende Netzwerkgründung. Bei geplanten Entlassungen war und will das Netzwerk betriebspolitisch mit den Gewerkschaften aktiv werden. Auch die durchgeführten Betriebsrätekonferenzen in Köln und Essen sind ein Schritt nach vorne, um die Linke für GewerkschafterInnen attraktiver zu machen und umgekehrt.

Wichtig ist, dass mit weiteren AGs zusammen linke Inhalte in die gesellschaftliche Debatte getragen werden. Insbesondere Arbeitsplatz-

besitzende und Arbeitsplatzlose dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen, denn Hartz IV trifft beide Gruppen hart. Deshalb haben wir auf unserer Versammlung die AG Hartz IV eingeladen, die sich uns vorgestellt hat. Am 4. Juli wird ein Treffen in Berlin stattfinden, um die weitere Kooperation zu besprechen.

*Holger Vermeer und Nils Böhlke*

*Kontakt: Holger Vermeer*

*([holger.vermeer@betriebundgewerkschaft-nrw.de](mailto:holger.vermeer@betriebundgewerkschaft-nrw.de);  
0160-4741492)*



## ***Niedersachsen: Veranstaltung zum POLITISCHEN STREIK am 18.6. mit Veit Wilhelmy in Hannover***

Am 18.6. fand in Niedersachsen (diesmal zentral in Hannover) unser 2. regionalisiertes Landestreffen der LAG für 2009 statt. Dies war das erste Treffen das aus 2 Teilen bestand. Dem ersten organisatorischen-internen Teil mit der Wahl unserer Gastdelegierten zum Bundesdelegiertentreffen in Berlin (gewählt wurden: Giesela Brandes-Steggewentz, Agnes Hasenjäger, Manfred Kays, Horst Keller, Jutta Krellmann, Siggie Seidel und Ursula Weisser-Roelle).

Der zweite politische Teil mit einem längeren Vortrag von Veit Wilhelmy zum POLITISCHEN STREIK. Dieser Teil wurde in Kooperation mit der AG Gerarer Dialog/Sozialistischer Dialog, der regionalen AG betrieb&gewerkschaft.Region Hannover und - erstmalig - mit unserem neuen Kooperationspartner, dem VERDI-Bildungswerk-Niedersachsen, durchgeführt.

Einem 50-60minütigen Vortrag über Geschichte, Aspekte und Bewertung des POLITISCHEN STREIKS folgte dann eine rege Diskussion der ca. 40 Teilnehmer an der Veranstaltung. Im Nachhinein kann man feststellen, dass es Fehleinschätzungen und Versäumnisse der Gewerkschaften bezüglich der Diskussion um den Politischen Streik bzw. Generalstreik in der Vergangenheit gab. Die Diskussion ist aber noch im vollen Gange. Klar ist aber, letztendlich wird diese Frage nicht juristisch entschieden, sondern die Menschen werden sich ihr Recht auf der Straße (im Betrieb) erkämpfen und holen müssen. Und genau dies bedarf weiterer Diskussionen und Veranstaltungen zum Thema. Unser

Abend ist genutzt worden zumindest erst einmal 2 weitere Veranstaltungen zu dieser Frage zu organisieren, eine davon im Betrieb.

Lasst uns die Diskussion nicht abreißen, sorgt für weitere Veranstaltungen in euren Basisorganisationen, euren Kreisorganisationen, in euren Gewerkschaften und in euren betrieblichen Zusammenhängen.

Die Zeit ist Reif zur Nutzung neuer politischer Instrumente, wenn die Menschen dazu bereit sind. Dies können wir aber auch mit vorantreiben!

*Manfred Kays, Mitglied des KoKreises der LAG betrieb&gewerkschaft.Niedersachsen*



## Selbstverständnis

der Landesarbeitsgemeinschaft **Betrieb&Gewerkschaft**  
der Partei **DIE LINKE**. in Baden-Württemberg

beschlossen durch die Landes-Mitgliederversammlung am 14.02.2009 in Stuttgart

### Gewerkschaften – wichtiger Bezugspunkt für Die Linke

Gewerkschaften, die ursprünglichsten Zusammenschlüsse im Kampf um die Existenzbedingungen der Lohnabhängigen sind für die LINKE von besonderer Bedeutung. Millionen von KollegInnen sind im Arbeitsleben mit den Auswüchsen kapitalistischer Produktion konfrontiert. Hier erfahren sie hautnah all die Verwerfungen, die sich aus einer falschen Politik ergeben. Hier ist ein wichtiger Raum zur Formierung kollektiver Gegenwehr von unten und für die Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Gegenkraft.

Die LINKE betont sowohl das politische Mandat als auch die Autonomie und parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerk-

### Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften

Innerhalb der Gewerkschaften wirken wir aktiv für eine kämpferische, einzig und allein den Mitgliedern und Lohnabhängigen verpflichtete Politik. Gewerkschaftliche Demokratie ist uns dabei nicht nur ein Instrument, das man nutzen oder übergehen kann. Sie ist unverzichtbar, weil es für Gewerkschaften als Gegenmacht auch darum geht, die Selbstaktivität möglichst vieler Menschen voranzubringen und sie zu befähigen, vom Objekt der Politik zum handelnden Subjekt zu werden.

Gewerkschaften stehen jedoch nicht automatisch für eine Politik zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ausgangspunkt ihrer Existenz ist zunächst die Lohnabhängigkeit ihrer Mitglieder und das Kapitalverhältnis. Dies erzeugt objektiv einen mächtigen Anpassungsdruck. Vor die Frage gestellt "Anpassung oder Widerstand" wird noch zu oft Co-Management und Sozialpartnerschaft als Politikmuster gewählt. Der notwendige breite Widerstand gegen die Agenda 2010 blieb aus.

Viel zu langsam und z.T. inkonsequent wuchs die Erkenntnis, dass durch die Hartzgesetze u.a. mit dem Zwang, jede Arbeit anzunehmen, dem Sanktionskatalog und dem völlig unzureichenden Arbeitslosengeld 2 die Menschenwürde verletzt wird. Mit den Hartzgesetzen wurde zugleich ein ungeheurer Druck auf jene ausgeübt, die noch Arbeit haben - um für sich Hartz IV zu vermeiden, wurden extreme Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen akzeptiert. Dies wiederum machte immer deutlicher wie wichtig ein gesetzlicher Mindestlohn ist. Für LINKE GewerkschafterInnen muss es eine vorrangige Auf-

### Unsere Rolle in der Partei

Wir sehen DIE LINKE nicht als Wahlverein. In der Partei setzen wir uns deshalb dafür ein, dass in der Mitgliedschaft und allen Gremien die große Bedeutung der Lohnabhängigen, der Betriebe und Gewerkschaften für die Entwicklung sozialer Bewegungen und einer breiten gesellschaftlichen Gegenmacht anerkannt und in politisches Handeln umgesetzt wird.

Es ist die Aufgabe der Partei DIE LINKE, in Standortauseinandersetzungen die Auswirkungen von Standardsenkungen dauerhaft zu thematisieren und Korrekturen einzufordern.

Gleichwohl ist der erfolgreiche Ausgang von Wahlen von großer Bedeutung, auch weil für den Erfolg außerparlamentarischer Kämpfe eine „Projektionsfläche“ im Parlament notwendig ist. Notwendig ist eine antikapitalistische politische Kraft, die fortschrittliche gewerkschaftliche Interessen zusammenfassend formuliert.

Damit dies auf der Höhe der Zeit geschieht, ist es Aufgabe der AG B&G, einen ständigen „Stoffwechsel“ auch unserer

schaften. Wir unterstützen es ausdrücklich, wenn sich in den Gewerkschaften zusätzlich zu ihren traditionellen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern – der Betriebs- und Tarifpolitik – eigenständige politische Aufklärung bei den Mitgliedern und Organisation von Widerstand entwickelt.

Wegen dieser überragenden Bedeutung von Betrieben und Gewerkschaften ist es für uns selbstverständliche Aufgabe, in Bereichen ohne Gewerkschaftliche Präsenz alle Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation zu unterstützen.

gabe sein diese Zusammenhänge aufzuzeigen und gemeinsame Kämpfe u.a. zur Überwindung der Hartzgesetze zu organisieren. Diesem Ziel dient auch die Stärkung der Arbeitslosenvertretungen in den Gewerkschaften.

Unter den Bedingungen des herrschenden Finanzmarktkapitalismus tendieren die Gewerkschaften häufig dazu vom Kapital organisierte Standortkonkurrenz mit Standard-Absenkungen zur regionalen bzw. nationalen Standortsicherung zu beantworten. Diese Orientierung gewerkschaftlicher Politik führt in die Sackgasse. Die Umverteilung von unten nach oben nimmt zu, der Lebensstandard der Lohnabhängigen und die Glaubwürdigkeit von Gewerkschaften sinkt. Die Organisation von Widerstand am Standort ist Grundlage dafür eine Spirale nach unten zu verhindern und zugleich eine gute Grundlage, um national und international eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Sozialabbau und Stellenvernichtung zu organisieren, das Selbstbewusstsein der Belegschaft zu entwickeln (oder voranzubringen) und das Ansehen und die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken.

Für die AG Betrieb und Gewerkschaft ist der Widerstand vor Ort und die Internationale Solidarität der Schlüssel zur Eindämmung und Überwindung von betrieblicher wie nationaler Standortkonkurrenz. Wir unterstützen deshalb alle Bemühungen grenzüberschreitende, solidarische gewerkschaftliche Konzepte, Aktionen und Zusammenarbeit zu entwickeln. Wir kämpfen für ein Streikrecht gegen Betriebsverlagerungen sowie für ein allgemeines politisches Streikrecht.

Parlamentarier mit allen kämpferischen, fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zu organisieren.

Wie die Gewerkschaften, sind auch Parlamentarier linker Parteien einem mächtigen Anpassungsdruck ausgesetzt. Die Entwicklung der GRÜNEN von einer kapitalismuskritischen Bewegungs-Partei mit parlamentarischem „Spielbein“ zu wirtschaftsliberalen Kriegsbefürwortern demonstriert dies eindrucksvoll. Ebenso wie wir linkes Korrektiv in den Gewerkschaften sein müssen, muss die AG B&G in der Partei als Korrektiv wirken gegen Tendenzen, die eigenen Sozial- und Gewerkschaftspolitischen Positionen und Forderungen zurückzuschrauben, um Koalitions- und Regierungsfähig zu werden.

Linke gewerkschaftliche Politik mit systemüberwindender Perspektive konsequent in der Partei vertreten, und als linkes Korrektiv in den Gewerkschaften wirken, das sind zwei Seiten derselben Medaille, die die AG B&G auszeichnen sollen.

## ***Baden-Württemberg: Die Arbeit der Landes-AG normalisiert sich***

Die Arbeit der Landes-AG ist im Moment am ehesten mit dem Wort „Normalisierung“ zu umschreiben. Die AG nimmt in der politischen Landschaft einen sinnvollen Platz ein.

Mit den Gewerkschaftsspitzen sind turnusmäßige Gespräche vereinbart, so mit der Ver.di Landesleitung, mit der IG Metall Bezirksleitung und dem DGB Landesbezirk. Auf regionaler Ebene gibt es Kontakte zur IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart, abgesehen davon, dass vier weitere Erste Bevollmächtigte Mitglied der Linken sind. Die Regions-AG Heilbronn-Franken pflegt den Kontakt zur DGB-Region und im alten DGB-Kreis Esslingen/Göppingen gibt es mit dem DGB Gespräche. Auch hier gilt neben allem andern auch, dass andere Parteien durch diese Kontakte gezwungen werden, gewerkschaftliche Positionen nicht hinten runter fallen lassen zu können.

Als große Landes-AG mit strukturiert arbeitender Mitgliedschaft übernehmen wir teilweise operative Aufgaben der gesamten Partei. Auch die Integration der Abgeordneten in die Arbeit vor Ort gelingt. Sowohl Karin Binder als auch Ulrich Maurer sind in Firmen präsent, zum Beispiel durch Einladungen zu Betriebsrats-sitzungen. Bei der Mobilisierung zu Veranstaltungen (z.B. Demo am 28. März in Frankfurt

und Berlin) oder auch in den gerade anlaufenden Wahlkämpfen übernehmen wir Aufgaben, teilweise auch Schulungs- und Qualifizierungsaufgaben in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Als Fach-AG wollen wir die Diskussionen in der Partei inhaltlich verbessern und qualitativ auffüttern. Davon sollen in den nächsten Monaten vor allem die Wahlkämpfe profitieren, denn natürlich wollen wir auf parlamentarischer Ebene gewaltig zulegen, wir wollen aber auch in den Betrieben und den Verwaltungen den Kampf um die Köpfe führen und gewinnen.



*Stefan Dreher*

## ***Bayern: Landesmitgliederversammlung in München***

Am 27. Juni versammelten sich die Mitglieder der AG Betrieb&Gewerkschaft-Bayern im Münchener Eine Welt Haus. Zunächst sprach unser Gast, Hasso Ehinger, über die Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften in Krisensituationen. Außerdem ging er auf das Selbstverständnis der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb&Gewerkschaft-Baden-Württemberg ein. Es ist in dieser Ausgabe auf der Seite 9 abgedruckt. In der anschließenden Diskussion wurden weitere Aspekte, Möglichkeiten und Aufgaben einer AG B&G und von Gewerkschaft in der aktuellen Situation angesprochen. Die Wunschliste der Themen, die noch intensiver diskutiert werden sollen, ist ganz schön lang geworden.

Außerdem hatten wir noch einen Wahlmarathon zu absolvieren. Wir wählten die Delegierten zur Bundeskonferenz (Anja, Ingrid, Kornelia, Holger und Norbert), die Delegierten zum Landesparteitag (Ingrid, Kornelia und Norbert) und den neuen SprecherInnenrat (Anja, Ingrid, Martin und Oswald).

Die Landesmitgliederversammlung beschloss eine Position zum „Arbeitsschutz und Wahrung der Rechte der Beschäftigten der Partei DIE LINKE in Bayern.“

Die Landesmitgliederversammlung hat dem neuen SprecherInnenrat eine Menge Hausaufgaben aufgegeben.



*Ingrid Kolbe*

## **Kontakte**

### **BundessprecherInnenrat:**

Barbara Borchardt *info@barbara.borchardt.de*  
Susanne Danowski *su.dan@online.de*  
Hasso Ehninger *ehinger.hasso@web.de*  
Gerald Kemski *gerald.kemski@t-online.de*  
Heidi Kloor *heidi.kloor@googlemail.com*  
Mike Lätzsch *Confliktcontor@aol.com*  
Marko Röhrig *attaci@gmx.de*  
Sabine Wils *Sabine.Wils@hamburg.de*

### **Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE**

Heidi Scharf *heidi.scharf@die-linke.de*  
Michael Schlecht *michael.schlecht@die-linke.de*

### **Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

Werner Dreibus *werner.dreibus@bundestag.de*

### **Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE**

Ansprechpartnerin für die AG Betrieb und Gewerkschaft  
Jutta Nitsche *jutta.nitsche@die-linke.de*

### **Landes-AGen**

#### **Baden-Württemberg**

Stefan Dreher *mail@stefandreher.de*

#### **Bayern**

*betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de*

#### **Berlin**

*ag.bug@die-linke-berlin.de*

#### **Brandenburg**

Günther Waschkuhn *guenther.waschkuhn@gmx.de*

#### **Bremen**

Ingo Tebje *itebje@uni-bremen.de*  
Christian Wechselbaum *christian.wechselbaum@web.de*

#### **Hamburg**

*ag-bg@die-linke-hh.de*

#### **Hessen**

Franz Uphoff *franz.uphoff@web.de*  
Walter Huebenbecker *walter.huebenbecker@t-online.de*

#### **Mecklenburg-Vorpommern**

Jörg Böhm *j.boehm@gmx.de*

#### **Niedersachsen**

Manfred Kays *manfredkays@googlemail.com*

#### **Nordrhein-Westfalen**

*info@betriebundgewerkschaft-nrw.de*

#### **Rheinland-Pfalz**

Martin Klein *roterwanja@aol.com*

#### **Saarland**

Gabriele Ungers *gabriele-ungers@web.de*

#### **Sachsen**

Petra Mißbach *Petra.Missbach@t-online.de*  
Karl Friedrich Zais *wkb.zais@linksmail.de*

#### **Sachsen-Anhalt**

Edeltraud Rogée *edeltraud.rogee@t-online.de*

#### **Schleswig-Holstein**

*lag-bg@linke-sh.de*

#### **Thüringen**

Sandro Witt *SandroWitt@gmx.net*

## **Termine**

**31.10.-01.11.09 in Berlin**

*BundesKonferenz*

**17.08.09, 19 Uhr**

**in Bremen**

*Gewerkschaftshaus  
Die Wirtschaft Demokrati-  
sieren. Linke Alternativen  
zum Krisen-Kapitalismus  
Referent: Prof. Dr. Heinz-J.  
Bontrup, Dipl. Ökonom,  
Wirtschaftswissenschaftler  
an der FH Gelsenkirchen  
Mitglied der Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspoli-  
tik*

**04.10.09, 10.30 Uhr**

**in Karlsruhe**

*Gaststätte Walhalla  
Landes-  
mitgliederversammlung*

## **Impressum:**

„betrieb&gewerkschaft Intern“  
wird an alle Aktive der AG ver-  
schickt. Namentlich gekenn-  
zeichnete Artikel geben nicht  
unbedingt die Meinung der Re-  
daktion wieder.

Partei Vorstand  
DIE LINKE  
AG Betrieb & Gewerkschaft  
Kl. Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Tel. 030/2 4 009 673  
Fax 030/ 24 009 480  
E-Mail: [ag.bg@die-linke.de](mailto:ag.bg@die-linke.de)

Redaktionsschluss:  
09.08.2009

Verantwortlich:  
BundessprecherInnenrat  
DIE LINKE  
AG Betrieb & Gewerkschaft

[www.betriebundgewerkschaft.de](http://www.betriebundgewerkschaft.de)